

Wahlprogramm
zur Abgeordnetenhauswahl 1989
der Freien Demokratischen Partei
Landesverband Berlin

„F.D.P. – die treibende Kraft“

(Beschlossen auf dem Landesparteitag
in Berlin am 16. September 1988)

F.D.P. – die treibende Kraft

Wahlaussage

F.D.P.
Die Liberalen

D1-762

1. **LIBERALISMUS - DIE TREIBENDE KRAFT**
2. **BÜRGER UND STAAT - WENIGER STAAT, MEHR PRIVATE VERANTWORTUNG**
 - 2.1 Datenschutz
 - 2.2 Innere Sicherheit
 - 2.3 Parlamentarismus und politische Kultur
 - 2.4 Verfassungs- und Verwaltungsreform
 - 2.5 Änderung des Bezirksverwaltungsgesetzes
 - 2.6 Dialog zwischen Staat und Kirchen
 - 2.7 Ausländerpolitik
3. **AKTIVE BERLINPOLITIK ZWISCHEN OST UND WEST**
 - 3.1 Entspannungspolitik - nicht an Berlin vorbei
 - 3.2 Ost-West-Verhältnis gemeinsam weiterentwickeln
 - 3.3 Aussiedler und Zuwanderer - ein Gewinn für Berlin
 - 3.4 Aktionsprogramm für Berlin
4. **WIRTSCHAFT, FINANZEN UND ARBEIT - SOLIDITÄT UND INNOVATION**
 - 4.1 Innovationspolitik - konsequent fortsetzen
 - 4.2 Bessere Chancen für Handel und Dienstleistung
 - 4.3 Privatisierung von Staatstätigkeiten
 - 4.4 Neuordnung des Arbeits- und Tarifrechts statt "Programmitis" in der Arbeitsmarktpolitik
 - 4.5 Berlin-Förderung: Keine weiteren Sonderopfer
5. **STADTENTWICKLUNG - HERAUSFORDERUNGEN UND CHANCEN**
 - 5.1 Die Entwicklung der City nicht dem Zufall überlassen
 - 5.2 Verkehrsplanung
6. **UMWELTSCHUTZ - LEBENSQUALITÄT FÜR BERLIN**
 - 6.1 Energie - Sparanreize und bessere Nutzung
 - 6.2 Luft - Reinhaltemaßnahmen konsequent fortsetzen
 - 6.3 Gewässerreinhalteplan für Berlin
 - 6.4 Abfälle - Entstehung vermindern, sicher entsorgen
 - 6.5 Chemikalien - Gefahren erkennen, Ersatzstoffe suchen
 - 6.6 Boden - Sanieren, Entlasten, Verbrauch senken
 - 6.7 Naturschutz - Grün erhalten, Stadtgrün fördern
7. **JUGEND UND FAMILIE - BERLIN SETZT SIGNALE**
8. **POLITIK FÜR ÄLTERE BÜRGER**



9. **FRAUENPOLITIK: FÖRDERN STATT "QUOTIEREN"**
10. **WOHNUNGS- UND MIETENPOLITIK - SOZIAL VERTRÄGLICH UND WIRTSCHAFTLICH**
11. **LIBERALE SOZIALPOLITIK - ÜBERWINDUNG VON ABHÄNGIGKEITEN**
 - 11.1 Hilfe zur Selbsthilfe
 - 11.2 Sozialpolitisch orientierte Vergabe von Wohnraum
12. **LIBERALE GESUNDHEITSPOLITIK - EIGENVERANTWORTUNG UND AUFKLÄRUNG**
 - 12.1 Berlin als Zentrum für hochqualifizierte Forschung
 - 12.2 Biotechnologie
 - 12.3 Krankenwohnungen und therapeutische Wohngemeinschaften
 - 12.4 Aids - Aufklären und vorsorgen
 - 12.5 Drogen
13. **KUNST UND KULTUR: SPITZENLEISTUNGEN AUF BREITER GRUNDLAGE**
14. **SCHULPOLITIK IN BERLIN - GESTALTEN STATT VERWALTEN**
15. **WISSENSCHAFT UND HOCHSCHULE - QUALIFIKATION UND VERANTWORTUNG**
 - 15.1 Hochschulen
 - 15.2 Ausbildung
 - 15.3 Berufungspolitik
 - 15.4 Zusammenarbeit mit der Wirtschaft
 - 15.5 Stellung der Fachhochschulen
16. **MEDIEN IN BERLIN - SICHERUNG DER MEINUNGSVIELFALT**
17. **PERSPEKTIVEN**

1. LIBERALISMUS - DIE TREIBENDE KRAFT

Die Ideen des politischen Liberalismus erleben gegenwärtig eine lebhaftere Renaissance:

Die Verteidigung der Freiheit, die Stärkung der Rechte und die Sicherung der Entfaltungsmöglichkeiten des Einzelnen stehen wieder ganz vorn in der Rangfolge staatsbürgerlichen Bewußtseins. Das Gefühl, immer mehr zum Objekt zu werden und weniger als Subjekt agieren zu können, verstärktes Mißtrauen gegenüber Machtmißbrauch und Amtsanmaßung verantwortungsloser Politiker haben den politischen Sinn der Bürger geschärft: Eine freiheitlich-demokratische Gesellschaft kann die Chancen der Zukunft nur dann nutzen, wenn die Gefahren der Zukunft - z.B. Einengung bürgerlicher Freiheiten durch anonyme Verwaltungsapparate und untereinander verknüpfte Organisationen - gebannt werden. Die Idee des Liberalismus, die Freiheit des Einzelnen zum Gestaltungsprinzip unserer Gesellschaft zu erheben, gewinnt wieder höchste politische Aktualität.

Die F.D.P. ist die Partei des politischen Liberalismus. Sie setzt optimistisch auf die Kreativität des Individuums und stellt Selbstbestimmung und Eigenverantwortung, Weltoffenheit und Toleranz in den Vordergrund.

Sie sieht ihre Aufgabe darin, die Grundsätze des Liberalismus in die praktische Politik einzubringen und in der täglichen Arbeit umzusetzen, aber auch zu kontrollieren, öffentlich zu warnen und zu korrigieren, wenn liberale Elemente unserer Gesellschaft bedroht sind. Frei von fremden Einflüssen kann die F.D.P. etablierte Systeme, Organisationen und Institutionen kritisch in Frage stellen.

Ihre Aufgabe nimmt die F.D.P. im Parlament - gleich, ob in der Opposition oder in einer Regierungskoalition - ebenso zuverlässig wahr wie als Partner in einer Regierung. Als treibende Kraft in einem fairen Bündnis setzt sie auf die Überzeugung durch das sachliche Argument.

Alle großen Parteien stehen in der Gefahr, nach dem Erlangen der Regierungsverantwortung ihre Macht zu erhalten, indem sie allen möglichen Interessengruppen nachgeben und es jedermann recht machen wollen. Die Scheu vor Konflikten beschränkt zunehmend ihre Handlungsfähigkeit und letztendlich werden sie zum Spielball von partikularen Interessen. Hier muß die F.D.P. dynamisch und kritisch ihre Kontrollfunktion wahrnehmen, die Erstarrung im politischen Denken verhindern und Denkanstöße geben.

2. BÜRGER UND STAAT - WENIGER STAAT, MEHR PRIVATE VERANTWORTUNG

Das Verhältnis zwischen Staatsmacht und jedem einzelnen Bürger hat für Liberale besondere Bedeutung. Das Grundverständnis vom Menschen und seiner Umwelt unterscheidet die F.D.P. von anderen politischen Parteien und Organisationen. Das innenpolitische Klima muß von Liberalität und Toleranz, Offenheit und Kreativität, Freiheit und Selbstbestimmung geprägt sein.

Staatliche Überregulierung und Allgegenwart müssen abgebaut, individuelle Freiräume gesichert werden. Die F.D.P. will eine offene freie Gesellschaftsordnung, in der die Bürger vor ungerechtfertigten Übergriffen von Justiz und Verwaltung geschützt werden. Die F.D.P. steht für den Grundsatz: Weniger Staat, mehr private Verantwortung. Der Staat muß sich darauf beschränken, Benachteiligungen auszugleichen, Chancengleichheit zu schaffen und Eigeninitiative zu unterstützen.

2.1 Datenschutz

Zum Funktionieren unserer hochentwickelten Gesellschaftsform gehört die Nutzung moderner Kommunikationstechniken.

Aber auch diese Fragen müssen jederzeit beantwortet werden können:

Welche Daten werden zu welchem Zweck erhoben, gespeichert und verknüpft, wer hat Zugriffsmöglichkeiten zu diesen Daten, wann werden sie wieder gelöscht? Jeder Bürger hat ein kostenloses Auskunftsrecht über seine gespeicherten Daten zu erhalten. Für uns Liberale ist Datenschutz eine unabwiesbare Notwendigkeit, für die in allen Bereichen klare Rechtspositionen gelten müssen. Deshalb wird sich die F.D.P. in der nächsten Legislaturperiode dafür einsetzen, daß wir ein an Datenschutz orientiertes neues Polizeirecht erhalten und daß ein Datenzugangsgesetz geschaffen wird.

2.2 Innere Sicherheit

Innere Sicherheit ist für Liberale kein Selbstzweck. Ihr Ziel ist die Bewahrung und Sicherung des inneren Friedens, in dem Sicherheit und Freiheit des Einzelnen verbürgt sind. Die Polizei kann zwar Gewaltanwendung bekämpfen, sie kann aber nicht ihre Ursachen beseitigen. Die F.D.P. unterstützt die Polizei bei ihrer wichtigen Aufgabe, das Recht auf die friedliche Demonstration zu schützen. Sie ermutigt die

Polizei, auf dem bereits eingeschlagenen Weg der Verbesserung der Strategien zur Gewaltverhinderung und -begrenzung voranzuschreiten.

Der innere Frieden kann nur durch einen Staat gewährleistet werden, der aktiv zum Abbau von Konflikten und Spannungen in der Gesellschaft beiträgt. Dabei muß sich der Staat davor hüten, selbst Auslöser neuer Gewalt zu sein. Deshalb müssen die Ursachen von Gewalt genauer untersucht werden; denn eine Bekämpfung von Symptomen kann allenfalls kurzfristige Erfolge erzielen. Die F.D.P. wird sich daher dafür einsetzen, daß zunächst die Ergebnisse einer unabhängigen, beim Bundesminister des Inneren gebildeten Expertenkommission ausgewertet werden, bevor weitere strafrechtliche Maßnahmen ergriffen werden.

2.3 Parlamentarismus und politische Kultur

Unser parlamentarisches System erfordert eine hohe Glaubwürdigkeit der politischen Parteien. Die Geschehnisse der jüngsten Vergangenheit in Berlin und andernorts machen dies überdeutlich. Deshalb setzt sich die F.D.P. für einen Parlamentarismus und eine politische Kultur ein, die die Unabhängigkeit des Parlaments und der Abgeordneten auch in der Öffentlichkeit dokumentieren:

- Durch Bestimmungen, die analog dem Abgeordnetengesetz des Bundestages die Verhaltensregeln der Mitglieder des Abgeordnetenhauses festlegen; dies ist insbesondere die Pflicht der Mandatsträger zur "Anzeige ihres Berufs sowie ihrer wirtschaftlichen und anderen Tätigkeiten, die auf für die Ausübung des Mandats bedeutsame Interessenverknüpfungen hinweisen können", sowie die "Veröffentlichung von Angaben im Amtlichen Handbuch";
- durch die Selbstverpflichtung der von der F.D.P. gestellten Senatoren, auf ihr Mandat zu verzichten: nach dem Grundsatz der Gewaltenteilung können Senatoren sich nicht selbst als Mitglieder des Parlamentes kontrollieren.
- Die F.D.P. tritt dafür ein, daß Mitarbeiter der Bezirksverwaltungen nicht zugleich Mitglieder des Abgeordnetenhauses sowie Mitarbeiter der Hauptverwaltung nicht zugleich Mitglieder einer Bezirksverordnetenversammlung sein können, wenn sie in Ausübung ihrer Funktion in Interessenkollision kommen können.

- Die F.D.P. lehnt eine Konzentration der Kompetenzen auf den Regierenden Bürgermeister ab. Das Parlament muß seine starke Stellung bei Wahl und Abwahl der Senatoren behalten. Bestrebungen, die Position des Regierenden Bürgermeisters gegenüber dem Parlament noch weiter zu verstärken, finden nicht die Zustimmung der F.D.P.

2.4 Verfassungs- und Verwaltungsreform

Öffentliche Verwaltung in Berlin muß leistungsfähiger und für den Bürger überschaubarer gestaltet werden. Dies bedeutet aber auch mehr Verantwortlichkeit und mehr Engagement, mehr Motivation durch mehr Chancen für den einzelnen Mitarbeiter, klare Ansprechadressen für den Bürger und schnellere Entscheidungen. Vereinfachung und Transparenz erfordern auch klarere Abgrenzung der Entscheidungs- und Verantwortungsbereiche von Hauptverwaltung und Bezirksverwaltung.

Zur Straffung der Verwaltungsarbeit ist in der gesamten Berliner Senatsverwaltung eine Trennung zwischen ministeriellen Aufgaben und Vollzugsaufgaben vorzunehmen. Für die Realisierung dieser Trennung werden Landesämter eingerichtet, z.B. ein Landesamt für Umweltschutz.

2.5 Änderung des Bezirksverwaltungsgesetzes

Die Zusammenarbeit zwischen Haupt- und Bezirksverwaltungen ist in vielen Bezirken auf für den Bürger unzumutbare Weise ineffizient geworden. Unklare Zuständigkeiten, verwirrende Zersplitterung von Dienststellen, unerträglich lange Bearbeitungsdauer von Anträgen und Vorgängen verärgern die Bürger und verursachen unnötige Kosten.

Die F.D.P. setzt sich daher für eine Umorganisation der Berliner Verwaltung ein, damit Verwaltungshandeln wieder überschaubarer, kalkulierbarer, kontrollierbarer und effizienter - also bürgernäher wird. Kompetenzen zwischen Haupt- und Bezirksverwaltungen sind klarer abzugrenzen, unnötige Bearbeitung derselben Vorgänge in verschiedenen Bezirken soll abgeschafft werden, die Bearbeitungsdauer von Vorgängen ist zu befristen. Die Verwaltung muß zum Dienstleistungsbetrieb für die Bürger werden.

Dazu bedarf es in den Bezirken aber auch der wirksamen politischen Kontrolle. Die F.D.P. erneuert ihre Forderung nach dem politischen Bezirksamt: Die Bezirksämter werden künftig nicht mehr nach den Regeln des d'Hontschen Systems gebildet. Dadurch erhalten die Fraktionen ihre Koaliti-

onsfreiheit zurück, die sie vor der letzten Bezirksverwaltungsreform hatten. Nach Abstimmung mit den Fraktionen der jeweiligen BVV schlägt der Bezirksbürgermeister die Stadträte zur Wahl vor. Die Zahl der Mitglieder eines Bezirksamts ist von gegenwärtig sieben auf bis zu fünf zu verringern, das Amt des Bezirksbürgermeisters eingeschlossen.

2.6 Dialog zwischen Staat und Kirchen

Die F.D.P. bekennt sich zwar zur Trennung von Staat und Kirche: Der Staat darf nicht auf innerkirchliche Angelegenheiten Einfluß nehmen. Ebenso können kirchliche Wertvorstellungen, die nur für die Angehörigen der jeweiligen Kirchen oder Religionsgemeinschaften gelten, nicht als für alle Staatsbürger verbindlich angesehen werden. Die F.D.P. spricht sich aber für einen ständigen Gedanken- und Meinungsaustausch zwischen Staat und Kirchen aus. An solchen Gesprächen sind auch die Freikirchen und Orthodoxen Kirchen sowie die Jüdische Gemeinde und relevante nichtchristliche Religionsgemeinschaften zu beteiligen.

2.7 Ausländerpolitik

Der besondere Charakter der Kulturstadt Berlin wird durch die nationale Vielfalt geprägt. Minderheiten bereichern jede Gesellschaft, wie gerade die Geschichte Berlins beweist. Sie verhindern kulturelle, geistige und ideologische Verkrustungen. Unsere Stadt muß deshalb auch in Zukunft Vorbild für das Zusammenleben deutscher und ausländischer Bürger bleiben. Nur im täglichen Zusammenleben am Arbeitsplatz, im Kiez, im Verein, in der Nachbarschaft, mit den Berliner Ausländern können gegenseitige Vorurteile abgebaut werden.

Ausländerpolitik ist ein besonders wichtiger Bereich der Innen- und Außenpolitik in einer freiheitlichen Demokratie. Ausländerpolitik ist darüber hinaus ein Prüfstein für unsere Rechtsstaatlichkeit und der Maßstab für die Humanität einer Gesellschaft. Wir wollen eine Gesellschaft mit Bürgern gleichen Rechts und gleicher sozialer Chancen. Die Geschichte lehrt uns, daß benachteiligte Minderheiten jederzeit zum Sprengstoff einer Gesellschaft werden können. Unter Integration verstehen wir Liberalen nicht einen Zwang zur Assimilation unter Aufgabe eigener nationaler und kultureller Werte, sondern das Angebot an die hier lebenden Ausländer, unsere Stadt auch als ihre eigene Heimat zu verstehen.

Deshalb fordert die F.D.P.:

- Unterstützung aller Bemühungen um die Zulassung einer doppelten Staatsbürgerschaft,
- Umwandlung des aufenthaltsrechtlichen Status von nachgezogenen ausländischen Ehefrauen in einen eigenständigen Anspruch auf Aufenthaltsrecht,
- keine Verschärfung beim Asylrecht, sondern die Fortsetzung der "Berliner Linie",
- ein gegenseitiges kommunales Wahlrecht auf EG-Ebene,
- daß die Ausländer, die sich hier rechtmäßig auf Dauer aufhalten dürfen, nicht durch künstliche Barrieren vom Erwerbsleben ausgeschlossen werden.

3. AKTIVE BERLIN-POLITIK ZWISCHEN OST UND WEST

Die Lage in und um Berlin ist der Seismograph für die Beziehung zwischen den beiden deutschen Staaten, für das Verhältnis zwischen Ost und West. Von der Berliner F.D.P. ging Mitte der sechziger Jahre die Initiative aus, das Verhältnis der beiden deutschen Staaten durch einen Generalvertrag unter Einbeziehung Berlins neu zu regeln. Was damals unrealistisch erschien, haben Viermächteabkommen und innerdeutsche Verträge eingelöst. Die Entspannungspolitik ist ein konkreter Beitrag zur Sicherung des Friedens. Dabei bleibt unser nationales Schicksal mit der Zukunft Europas verbunden: Die deutsche Frage muß im gesamten europäischen Zusammenhang gesehen und gelöst werden. Diese Europäisierung der deutschen Frage erfordert neue Anstrengungen der deutschen Politik, um den Frieden in Europa durch blockübergreifende Zusammenarbeit, schrittweise gesamteuropäische Sicherheitsvereinbarungen, ausgewogene Abrüstungsmaßnahmen und schließlich die Ablösung des militärischen Blocksystems durch eine neue gesamteuropäische Friedensordnung zu gewährleisten.

Begleitet werden muß diese Sicherheitspolitik durch eine Intensivierung der Prozesse, die durch die KSZE begonnen wurden, sowie durch eine wachsende Verklammerung der Europäischen Gemeinschaft mit den Ländern des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe. Nur in einer solchen Friedensordnung, auf deren Institutionen die europäischen Staaten Hoheitsrechte übertragen, ist das Ziel zu erreichen, an dem

wir Liberalen unverändert festhalten: Berlin muß ungeteilt Hauptstadt aller Deutschen sein.

3.1 Entspannungspolitik - nicht an Berlin vorbei

Last und Widersinn der deutschen Teilung sind in Berlin besonders spürbar. Entwicklungen im Ost-West-Verhältnis dürfen nicht an Berlin vorbeigehen. Deshalb muß Deutschlandpolitik auch immer Politik für die Freiheit und Lebensfähigkeit Berlins sein.

Ziel der Berliner F.D.P. ist es, trotz staatlicher Trennung und unterschiedlicher politischer Systeme die "Wiedervereinigung der Menschen" beider deutscher Staaten und beider Teile Berlins zu erreichen. Dies erfordert ein Höchstmaß an Dialog und Zusammenarbeit auf allen Ebenen. Die dabei auftretenden statusrechtlichen Probleme werden von der F.D.P. nicht unterschätzt. Dennoch ist eine solche Politik, die mehr Kontakte und Kooperation anstrebt, auch in Berlin möglich. Das Viermächteabkommen von 1971 ist dabei eine sichere Grundlage, weil es einerseits von den zuvor geschlossenen Vereinbarungen der Alliierten ausgeht, andererseits die tatsächliche Lage berücksichtigt, so wie sie sich für ganz Berlin entwickelt hat. Die Verantwortung der vier Mächte für Berlin bleibt dabei im Sinne des Status von Groß-Berlin erhalten.

Unter Berücksichtigung der Lage in Berlin ist festzustellen, daß einerseits Berlin (Ost) Hauptstadtfunktionen für die DDR innehat, andererseits die Bindungen von Berlin (West) an die Bundesrepublik Deutschland zu respektieren sind, wie es im Viermächteabkommen festgelegt ist. Der Berlin-Status bleibt unverändert und steht nicht zur Disposition.

3.2 Ost-West-Verhältnis gemeinsam weiterentwickeln

Ganz Berlin ist dabei ein Ort, an dem entscheidend mitgeholfen werden kann, das Ost-West-Verhältnis ständig weiterzugestalten. Berlin muß zu einem Zentrum eines breiten Ost-West-Dialogs werden, an dem internationale Konferenzen über Politik, Wissenschaft und Wirtschaft sowie Kultur stattfinden. In einem regen Austausch auf allen diesen Gebieten kann Berlin eine wesentliche Rolle spielen. Dabei ist nicht nur eine deutsch-deutsche und speziell Gesamt-Berliner Zusammenarbeit anzustreben, sondern alle europäischen, insbesondere mittel- und osteuropäischen Länder sind in diese Politik des Dialogs und der Zusammenarbeit einzu beziehen. Die Ansiedlung nationaler und internationaler In-

stitutionen und Organisationen, etwa der Europäischen Gemeinschaften und der Vereinten Nationen in Berlin (West) kann diese Politik fördern und stabilisieren.

Alle vier Siegermächte sind Unterzeichner der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Diese hat das Ziel einer blockübergreifenden Zusammenarbeit und die Schaffung einer neuen europäischen Friedensordnung, die eines Tages die Blöcke überflüssig machen kann. Auf dieser festen Grundlage der Bindung an den Westen müssen die vier Siegermächte, die USA, Großbritannien und Frankreich sowie die Sowjetunion hier in Berlin gemeinsam daran arbeiten, daß dieses Ziel erreicht wird.

3.3 Aussiedler und Zuwanderer - ein Gewinn für Berlin

Als ein positives Ergebnis der Entspannungspolitik können in steigendem Maße Deutsche aus der DDR und den Gebieten östlich von Oder und Neiße auch nach Berlin (West) ausreisen. Die F.D.P. sieht darin eine Bereicherung für unsere Stadt und fordert eine großzügige Unterstützung der neuen Mitbürger, damit diesen die Vorzüge unserer Gesellschaft deutlich werden und bleiben.

Die F.D.P. fordert deshalb Sofortmaßnahmen im Wohnungsbau, bei der Arbeitsplatzvermittlung, in der Qualifizierung und im Schulunterricht, die dafür sorgen, daß aus diesen neuen Berlinern keine Bürger zweiter Klasse werden. Die Liberalen wenden sich vielmehr entschieden gegen alle Anzeichen von Fremdenfeindlichkeit gegenüber Aussiedlern und Zuwanderern.

3.4 Aktionsprogramm für Berlin

Beide Teile Berlins und ihre Umgebung bilden insgesamt ein Gebiet mit hoher urbaner, industrieller und verkehrlicher Dichte. So gibt es eine Reihe gemeinsamer Probleme, die auch nur gemeinsam zu lösen sind, zum Beispiel in den Bereichen Umwelt und Verkehr. Ganz Berlin wird von denselben Flüssen und Kanälen durchzogen, die Menschen atmen dieselbe Luft und sind in weiten Teilen auf dieselben Verkehrswege angewiesen. Um gemeinsame Probleme gemeinsam zu lösen, besteht deshalb die Notwendigkeit zu Austausch und Zusammenarbeit.

Und dies schafft für den Einzelnen die Möglichkeit, diese Gemeinsamkeit auch konkret und positiv zu erleben. Die Besuchs- und Reisemöglichkeiten nicht nur von West nach Ost, sondern auch von Ost nach West müssen weiter verbessert werden.

Deshalb schlägt die Berliner F.D.P. das folgende Aktionsprogramm für Berlin vor:

- Ausschüsse des Abgeordnetenhauses von Berlin laden die entsprechenden ständigen Kommissionen der Ost-Berliner Stadtverordnetenversammlung zum Meinungsaustausch und zu Fachgesprächen nach Berlin(West) ein, zum Beispiel die Ausschüsse für Stadtentwicklung und Umweltschutz, für Verkehr und Betriebe, für Kultur.
- Der Umtausch von DDR-Mark in D-Mark bis zu einem bestimmten Höchstsatz jährlich zum Kurs 1:1 wird für Ost-Berliner und DDR-Bürger bei Westreisen ermöglicht.
- Für West-Berliner soll beim Besuch Ost-Berlins und bei Reisen in die DDR eine Visumsausgabe an der Grenze für den sofortigen Grenzübertritt möglich sein.
- Ein Zeitungsaustausch zwischen beiden Teilen Berlins wird angestrebt.
- Bezirkspartnerschaften innerhalb Berlins werden abgeschlossen.
- Die Einrichtung einer deutsch-deutschen Bank mit Sitz in Berlin (West) mit einer Filiale in Berlin (Ost) wird vorgesehen.
- Die Einrichtung eines ständigen Informationssystems für Datenaustausch und -auswertung über Umfang und Ursachen von Umweltverschmutzungen wird erarbeitet.
- Der Bahnhof Schönefeld ist an das öffentliche Verkehrsnetz anzuschließen.
- Die Eröffnung neuer Grenzübergänge nach Ost-Berlin und in die DDR sowie Freigabe aller Übergänge für alle Transitrichtungen werden vorgesehen.
- Eine Radfahrverbindung in das Bundesgebiet im Verlauf der Fernstraße nach Lüchow-Dannenberg wird ebenso angestrebt wie die Möglichkeit der Einreise in die DDR mit dem Fahrrad.
- Die Kooperation (Joint venture) insbesondere zwischen mittleren und kleineren Betrieben beider Teile Berlins wird angestrebt.

- Die Zusammenarbeit zwischen Universitäten, Hochschulen und Forschungszentren beider Teile Berlins soll verstärkt werden.

4. WIRTSCHAFT, ARBEIT, FINANZEN - SOLIDITÄT UND INNOVATION

Libérale Wirtschaftspolitik setzt primär auf Markt und Wettbewerb. Nur der Wettbewerb in einer freien und zugleich sozialen und ökologisch verpflichteten Marktwirtschaft schafft dauerhafte Arbeitsplätze, die den Wohlstand sichern. Wettbewerb bietet die beste Grundlage für den notwendigen Strukturwandel. Liberale Arbeitsmarktpolitik setzt gleichwertig auf Arbeitsplatzgewinnung und -gestaltung und verantwortliche Mitbestimmung, auf fortschrittliche Technologien und auf die Kreativität des Einzelnen.

Der Mittelstand ist der Motor der wirtschaftlichen Entwicklung. Gerade in Berlin haben kleine und mittlere Unternehmen unter Beweis gestellt, daß sie am besten in der Lage sind, durch technische und organisatorische Innovationen zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten bereitzustellen. Die Berliner Wirtschaft, insbesondere mittelständische Unternehmen als die bedeutendsten Arbeitsplatzanbieter, brauchen wettbewerbsfreundliche Rahmenbedingungen, z.B. Beseitigung bürokratischer Investitionshemmnisse und ein flexibleres Arbeitsrecht.

4.1 Innovationspolitik konsequent fortsetzen

Die Struktur der Berliner Wirtschaft ist insgesamt noch unbefriedigend. In vielen Branchen ist eine Vergrößerung des Fertigungsumfanges wünschenswert. Die F.D.P. fordert eine konsequente Fortsetzung der Innovations- und Technologiepolitik. Die wirtschaftlichen Förderprogramme sind weitgehend vorhanden. Sie müssen allerdings übersichtlicher gestaltet werden, um die gewünschte Akzeptanz zu bekommen. Die F.D.P. tritt dafür ein, die Technologiepolitik nicht als Stiefkind, sondern als Bestandteil einer überzeugenden Arbeitsmarktpolitik zu begreifen. Die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft durch Technologietransfer ist zu verstärken und effizienter zu gestalten. In diesem Rahmen sind auch die Zuständigkeiten bei den Senatsverwaltungen zu überprüfen und ggf. in Teilbereichen neu zu ordnen.

Die Forschungsförderung ist in erster Linie als Anschubförderung anzulegen und stufenweise abzubauen. Von Zeit zu Zeit muß überprüft werden, ob der Förderungszweck mit diesen Mitteln noch erreicht werden kann. Berlin, seit mehr

als 100 Jahren größter Industriestandort Mitteleuropas, hat sich erheblich angestrengt, den Boden und das Grundwasser von Altlasten und Schadstoffen zu befreien. Der hier gewonnene technologische Vorsprung bietet Berliner Firmen neue Marktchancen, auch außerhalb unserer Stadt. Diese müssen als ökonomisch wie ökologisch bedeutende Zukunftsperspektiven konsequent genutzt und gefördert werden.

4.2 Bessere Chancen für Handel und Dienstleistung

Immer mehr Menschen arbeiten im Handels- und Dienstleistungsgewerbe. Beide Bereiche haben in Berlin Standortnachteile, die allein durch das Berlin-Förderungsgesetz nicht ausreichend ausgeglichen werden. Die F.D.P. setzt sich dafür ein, daß das Förderinstrumentarium für diesen Wirtschaftsbereich ausgeweitet wird. Wettbewerbs- und Baurecht müssen gerade den mittelständischen Handelsbetrieben eine faire Chance im Wettbewerb mit den großen Handelsmärkten und -ketten geben.

4.3 Privatisierung von Staatstätigkeiten

Der öffentliche Sektor ist überdimensioniert. Überall dort, wo Dienstleistungen durch Private für den Bürger langfristig schneller, billiger und besser erbracht werden können, müssen die Regeln unserer sozialen Marktwirtschaft Anwendung finden. Die Börseneinführung des Fernheizwerks Neukölln, die Umwandlung der KPM in eine GmbH, die Reduzierung der Anteile des Landes Berlin an der Berliner Bank, die von der F.D.P. durchgesetzt wurden, können nur erste Schritte sein. In der nächsten Legislaturperiode wird es darauf ankommen, verschiedene Tätigkeiten der Eigenbetriebe und der Verwaltungen kritisch zu durchforsten. Das reicht von der Müllabfuhr bis hin zu Architekturleistungen beim Senator für Bau- und Wohnungswesen. Das Eigenbetriebsgesetz ist für die F.D.P. kein Tabu.

Die F.D.P. fordert daher

- Abschaffung des Monopols der Feuersozietät für Gebäude-Feuerversicherungen in drei Bezirken;
- Architekten- und Ingenieurleistungen sind nicht mehr durch Mitarbeiter des Senators für Bau- und Wohnungswesen, der Bezirksämter, Senatsgesellschaften und Eigenbetriebe zu erbringen, sondern an freie Architekten- und Ingenieurbüros zu vergeben;
- Abschaffung der bezirkseigenen Gärtnereien.

4.4 Neuordnung des Arbeits- und Tarifrechts statt "Programmitis" in der Arbeitsmarktpolitik

Die hohe Arbeitslosigkeit ist das Hauptproblem in der Wirtschafts- aber auch in der Gesellschaftspolitik. Die gemeinsame Verantwortung der Tarifpartner für den Arbeitsmarkt hat bisher zu keiner spürbaren Verbesserung der Probleme geführt. Es geht kein Weg daran vorbei, einen möglichst großen Teil der Arbeitslosen mit der Qualifikation zu versehen, die notwendig ist, um eine berufliche Chance zu erhalten. Die Qualifizierungspolitik des Senats darf sich aber nicht verzetteln in Dutzende von Programmen und Maßnahmen, die Unübersichtlichkeit, Bürokratie und mangelnde Akzeptanz zur Folge haben. Die F.D.P. tritt für einen Abbau dieser "Programmitis" zugunsten einfacher überschaubarer Fördertatbestände ein. Mindestens ebenso wichtig ist eine entschiedene Durchforstung des beschäftigungsfeindlichen, die Schwarzarbeit erleichternden Arbeits- und Tarifrechts. Dies muß gleichermaßen in Berlin und auf Bundesebene vorangebracht werden.

Die F.D.P. fordert beispielsweise:

- flexible Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit
- weitere Erleichterungen und rechtliche Absicherung bei der Teilzeitarbeit, insbesondere auch im Bereich des öffentlichen Dienstes,
- differenzierte Tarifabschlüsse nach Regionen, Branchen und Firmen,
- Liberalisierung des antiquierten Ladenschlußrechts,
- nur ausnahmsweise Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen,
- Abschaffung des Vermittlungsmonopols der Bundesanstalt für Arbeit zu Gunsten nichtkommerzieller Vermittler.

4.5 Berlin-Förderung: Keine weiteren Sonderopfer

Die F.D.P. wendet sich dagegen, die Berlin-Förderung, die dem Ausgleich politisch bedingter Standortnachteile dient, als Subvention zu behandeln. Korrekturen dieses Förderungsinstrumentes mit dem Ziel höherer Effizienz hat es notwendi-

gerweise immer gegeben, und zwar in Abständen, die ausreichenden Vertrauensschutz für die Investoren garantieren.

Die F.D.P. hat sich in der Debatte um die Berlin-Förderung nachhaltig insbesondere für die Interessen der kleinen und mittleren Betriebe eingesetzt. Der Arbeit der F.D.P. ist es maßgeblich zu verdanken, daß die Grundlage für Investitionen erhalten geblieben ist. Nach den von Berlin erbrachten Beiträgen zur Finanzierung der Steuerreform dürfen keine weiteren Sonderopfer erbracht werden, auch nicht im Zusammenhang mit der EG-Harmonisierung bei der Schaffung eines einheitlichen europäischen Binnenmarktes.

5. STADTENTWICKLUNG - HERAUSFORDERUNGEN UND CHANCEN

Die geopolitische Situation Berlins stellt die Stadtentwicklung vor ganz besondere Herausforderungen: Im Gegensatz zu anderen Metropolen ist ein Ausweichen von Wohnungs- und Geschäftsbauvorhaben, von wirtschaftlicher Tätigkeit, von Sport-, Erholungs- und Freizeitaktivitäten, von Infrastrukturmaßnahmen jeglicher Art in das Umland nicht möglich. Dazu muß innerhalb Berlins auch die Natur ihren Raum behalten. Alle - sich zum Teil gegenseitig widersprechenden - Interessen und Nutzungsarten auf einer nicht vermehrbaren Fläche müssen in Berlin zum Ausgleich gebracht werden.

Die Berliner F.D.P. betrachtet diese schwierige Aufgabe zugleich als Chance, durch Integration von Wohnen, Arbeiten und Erholung innerstädtische Problemgebiete beispielhaft wiederzubeleben und durch andere raumsparende Maßnahmen, wie die Förderung von Gewerbehöfen und Gewerbeparks, einer flächenfressenden Bauweise entgegenzuwirken. Wichtige Schritte hierzu sind der neue Flächennutzungsplan und das Landschaftsprogramm, die zusammen die Grundzüge der zukünftigen Stadtentwicklung Berlins festlegen.

Die Planungs- und Genehmigungsverfahren sind mit dem Ziel zu durchforsten, bürokratische Hemmnisse abzubauen, Doppelarbeit zu verhindern und Entscheidungen zu beschleunigen. Die Aufgabenteilung zwischen Bezirks- und Hauptverwaltung ist eindeutig zu regeln. Alle planerischen Aufgaben in den Bereichen Stadtentwicklung, Umweltschutz, Bau- und Wohnungswesen sowie Verkehr sind in einer Senatsverwaltung zusammenzufassen.

Die auch in Stadtrandlagen knappen Baugebiete sollten für familiengerechte Wohnanlagen in flächensparender Bauweise und dennoch anspruchsvoller Architektur realisiert werden. Ortsspezifische Besonderheiten und bestehende Baustrukturen sind zu schützen, vorhandene alte Dorfbauen und historisch

bedeutende Siedlungen müssen erhalten bleiben und, wenn nötig, restauriert werden.

Denkmalschutz und Erhaltung des kulturellen Erbes gehören zu den unabdingbaren Aufgaben einer zukunftsorientierten Stadtentwicklung. Die Erhaltung des historischen Stadtbildes darf jedoch nicht zu einer musealen Erhaltung einiger weniger Einzelobjekte verkümmern. Für die Erhaltung des kulturellen Erbes muß das private Mäzenatentum gefördert werden.

In den Innenstadtbereichen muß das Wohnumfeld, z. B. durch Entsiegelung gepflasterter Vorgärten, mehr Hofbegrünung und Schaffung von Naherholungsmöglichkeiten in der Innenstadt so verbessert werden, daß das Wohnen in der Stadt eine Alternative zum Wohnen in Stadtrandlagen wird.

Beiträge hierzu sind u.a. die Vermehrung des Stadtgrüns, durch Entsiegelung, Hof-, Fassaden- und Dachbegrünung, Schaffung weiterer Möglichkeiten der Naherholung in der Innenstadt, naturnahe Begrünung der Ufer der Spree und der innerstädtischen Kanäle sowie die Pflege und Neuanlage innerstädtischer Parkanlagen und Grünflächen unter verstärkter Beteiligung der Anwohner (Südgelände, Potsdamer, Anhalter und Görlitzer Bahn.

5.1 Die Entwicklung der City nicht dem Zufall überlassen

Wesentlich für die Attraktivität der Stadt ist die City. Ihre Gestaltung und Weiterentwicklung kann nicht Zufälligkeiten oder dem Aktivismus einzelner Bezirke überlassen bleiben. Eine homogene Entwicklung der City ist nur im Rahmen der vom Senator für Stadtentwicklung und Umweltschutz vorgelegten Leitlinien eines City-Konzepts möglich. Die zur Durchsetzung dieses Konzepts erforderlichen planungsrechtlichen Voraussetzungen sind jetzt zu schaffen. Isolierte Entscheidungen sind aufzugeben. Das gilt insbesondere für die Bereiche des Kant-Dreiecks, des Viktoriageländes und des Geländes neben dem Theater des Westens sowie überhaupt für die Bebauung der City.

Nach dem Erwerb des Lenné-Dreiecks sind die Planungen für den Bereich des Tiergartens neu zu überdenken. Die Chance, diesen Bereich auch in Verbindung mit der Bundesgartenschau 1995 so umweltfreundlich wie möglich zu gestalten, darf nicht vertan werden. Das gilt auch für den Bau einer Nord-Südstraße durch den Tiergarten. Eine Untertunnelung des Tiergartens kommt für die F.D.P. nur in Betracht, wenn umfangreiche Auflagen zum Schutz der Umwelt eingehalten wer-

den und seine Notwendigkeit durch ein Gesamtverkehrskonzept belegt ist.

5.2 Verkehrsplanung

Die Berliner Liberalen setzen die Priorität auf eine zügige Inbetriebnahme der zur Zeit stillgelegten S-Bahnstrecken, vor allem der Ring-Bahn und der Westbahn über Olympia-Stadion bis Pichelsberg und Spandau bis 1991. Die U-Bahn muß in das Märkische Viertel sowie zum Mexikoplatz ausgebaut werden. Im übrigen ist der U-Bahn-Bau zunächst auf eine sinnvolle Verknüpfung der bestehenden Linien mit dem S-Bahn-System zu konzentrieren. Der Bus-Verkehr muß stärker eine ergänzende Zubringerfunktion übernehmen und durch Bus-Sonderspuren, Sondersignale und weitere technische Maßnahmen beschleunigt werden.

Deshalb fordert die F.D.P. die Vorlage einer umfassenden Verkehrsplanung, in der die Belange des Umweltschutzes, der Verbraucher und der Wirtschaft berücksichtigt werden.

Der motorisierte Individualverkehr stößt inzwischen klar an seine Grenzen. Eine stadtverträgliche Verkehrsplanung muß deshalb besonderes Augenmerk darauf legen, daß die Attraktivität der BVG erhöht und die Verkehrsbedingungen für Fahrradfahrer und Fußgänger verbessert werden.

Die Straßenverkehrsplanung muß

- Maßnahmen zur flächenhaften Verkehrsberuhigung in geeigneten Wohngebieten; dabei ist bei erstmaligen Verkehrsberuhigungsmaßnahmen auf aufwendige Umbauten zu verzichten;
- den Ausbau und die qualitative Verbesserung des Radwegenetzes vorsehen;
- den Rückbau von Fehlplanungen im Verkehrsbereich ausweisen (z.B. Abriß der Autobahnbrücke über dem Breitenbachplatz und Rückbau von Straßen mit mehr als vier Fahrstreifen in Wohngebieten, Rücknahme von un-zweckmäßigen Verkehrsberuhigungsmaßnahmen);
- in der Innenstadt und den Subzentren die Einrichtung bzw. die Erweiterung gebührenpflichtiger Kurzparkzonen, den Bau von Parkhäusern sowie ein leistungsfähiges Parkleitsystem vorsehen;

- zusätzliche Einrichtungen für Park-and-Ride und Bike-and-Ride an S- und U-Bahnhöfen bereitstellen.

6. UMWELTSCHUTZ - LEBENSQUALITÄT FÜR BERLIN

Gerade in Berlin als einem der dichtest besiedelten Gebiete Europas mit seiner Insellage inmitten einer stark umweltbelasteten Umgebung kommt dem Erhalt unserer natürlichen Umwelt - der Schonung von Luft, Grün, Wasser und Boden - herausragende Bedeutung zu.

Der Schutz der Bevölkerung vor gesundheitsgefährdenden Umweltbelastungen hat höchste Priorität. Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität - nicht zuletzt die notwendige Einführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung vor allen größeren Baumaßnahmen - sind zugleich Motor für unsere Wirtschaft, einer weiteren Lebensgrundlage Berlins. Die Vermeidung von Schadstoffen hat Vorrang vor ihrer Beseitigung.

Dabei bekennt sich die Berliner F.D.P. ohne Einschränkung zum Verursacherprinzip und zur "ökologischen Marktwirtschaft": Wer Umweltbelastungen verursacht, hat die Kosten für ihre Beseitigung zu tragen. Natürliche Rohstoffe wie Wasser und Luft sind knapp - auch sie haben ihren Preis. Marktwirtschaftliche Umweltpolitik schreibt dabei keine bestimmten Techniken zur Erreichung des Umweltzieles vor. Sie überläßt es dem Wettbewerb, den wirtschaftlichsten Weg für umweltschonende Produkte und Produktionsverfahren zu finden. Dem Bürger muß darum im Rahmen klarer staatlicher Regelungen möglichst viel Spielraum für eigenverantwortliches umweltschützendes Handeln gelassen werden.

6.1 Energie - Sparanreize und bessere Nutzung

Die Berliner F.D.P. tritt für eine umweltfreundliche Energiepolitik der Zukunft ein. Sie hält die Nutzung der Kernenergie nur als Übergangsenergie zeitweilig für vertretbar. Sie ist sich gleichzeitig der Gefahren bewußt, die aus der Verbrennung fossiler Brennstoffe für das Weltklima und den Ozongürtel entstehen. Wichtigstes Anliegen liberaler Energiepolitik sind daher u.a. eine sparsame und rationelle Energienutzung und die Umverteilung der für die herkömmlichen Energieformen bereitgestellten Mittel auf die Förderung risikoarmer Energien.

Die F.D.P. fordert z. B. eine Neugestaltung der Stromtarife mit dem Ziel erhöhter Stromsparanreize für den Verbraucher.

Die herkömmlichen Energieträger sind so umweltverträglich wie möglich einzusetzen. Hierzu fordert die Berliner F.D.P., die Ausrüstung der BEWAG-Kraftwerke mit Rauchgasreinigungsanlagen, den Ausbau von Reuter-West und die Sanierung des Kraftwerks Moabit zügig zu Ende zu führen. **Umweltschonende dezentrale Anlagen mit Kraft-Wärme-Kopplung** sind zu unterstützen. Im Interesse Berlins muß auch die DDR bei der Nachrüstung der dortigen Kraftwerke mit Rauchgasreinigungsanlagen noch intensiver unterstützt werden.

Der Stromverbund mit der Bundesrepublik und der DDR ist umweltschonend zu gestalten und zu nutzen, z.B. durch weitgehende Kabelverlegung.

Die Gasversorgung Berlins ist sobald wie möglich auf **Erdgas** umzustellen; insbesondere in den Stadtgebieten mit hoher Luftverschmutzung muß Gas verstärkt eingesetzt werden und dort schadstoffreiche Kohleheizungen ersetzen. Fernwärme soll dort verdichtet werden, wo heute schon Fernwärmerohre liegen. Kostenersparnisse sind langfristig an den Verbraucher weiterzugeben.

6.2 Luft - Reinhaltemaßnahmen konsequent fortsetzen

Im Lauf der 80er Jahre ist der Anteil an Schwefeldioxyd zurückgegangen. Mit der novellierten Smog-Verordnung hat Berlin Maßstäbe für verantwortungsbewußte Luftreinhaltepolitik gesetzt. Dennoch ist die Schwebstaubbelastung leicht angestiegen und nunmehr das größte Problem für die Luftqualität in Berlin. Die höchsten Überschreitungen der zulässigen Grenzwerte sind in der Innenstadt festzustellen.

Allerdings: 68 % der Schwebstaubimmissionen stammen aus **außerstädtischen Quellen**, nur 32 % sind hausgemacht. Die F.D.P. fordert deshalb eine Luftreinhaltepolitik Berlins gegenüber der DDR durch Unterstützung von Maßnahmen zur Luftreinhaltung. Nur durch eine **umweltfreundliche Verkehrs- und Energiepolitik**, einen zügigen Vollzug der **Altanlagensanierung** sowie eine schnellere **Sanierung der Heizungsanlagen** in öffentlichen Gebäuden kann der "hausgemachte" Anteil an der Schadstoffbelastung der Berliner Luft verringert werden. Darüber hinaus muß der Einsatz **schadstoffarmer Fahrzeuge** (Katalysator, Rußfilter) durch Senat, Polizei, Eigenbetriebe und Taxis verstärkt werden.

6.3 Gewässerreinhalteplan für Berlin

Unter der Verantwortung liberaler Umweltsenatoren sind erhebliche Anstrengungen zur Verbesserung der Gewässersituation gemacht worden. Jetzt zeigen sich die ersten Erfolge. Die Wasserqualität konnte verbessert und der Rückgang des Röhrichts gestoppt werden. Aber auch bei der Verbesserung der Qualität der Berliner Gewässer ist eine enge Zusammenarbeit mit der DDR notwendig. Die F.D.P. fordert daher die Intensivierung der Verhandlungen mit der DDR mit dem Ziel einer weiteren Verbesserung der Qualität des nach Berlin (West) zufließenden Wassers.

Um die Vielzahl notwendiger Maßnahmen zur weiteren Verbesserung der Qualität der Berliner Gewässer zu einem schlüssigen Konzept zusammenzufassen, hält die Berliner F.D.P. einen Gewässerreinhalteplan für erforderlich, in dem u. a. eine bessere Erfassung, Überwachung und Sanierung der Indirekteinleiter, Sicherung des Havelufers, ökologische Ausgleichsmaßnahmen für die negativen Folgen der Trinkwasserentnahme sowie Reinigung des von der Havelchaussee abfließenden Regenwassers vorgesehen sind.

6.4 Abfälle - Entstehung vermindern, sicher entsorgen

Das Abfallproblem kann nur gelöst werden, wenn es gelingt, die Entstehung von Abfällen zu vermindern, brauchbare Abfälle wiederzuverwenden (Recycling) und verbleibende Abfälle so umweltschonend wie möglich zu entsorgen.

Diese Aufgabe kann nicht allein vom Staat gelöst werden. Jeder Erzeuger und jeder Verbraucher ist aufgerufen, seinen Beitrag zu leisten. Hierzu sind Aufklärungsarbeit, Gespräche mit den Beteiligten und die Entwicklung umweltschonender Techniken erforderlich.

Der Staat hat die erforderlichen Rahmenbedingungen zu schaffen und dafür Sorge zu tragen, daß das Verursacherprinzip zur Anwendung kommt. Die Berliner F.D.P. fordert daher die Unterstützung abfallarmer Produktionsverfahren und von Technologien zur Wiederverwendung von Abfällen, Verhandlungen mit der Industrie zur Verminderung von Verpackungsmaterial und Einwegbehältern sowie bürgernahe Möglichkeiten für getrenntes Sammeln von umweltschädlichen, aber wiederverwertbaren Abfällen sowie die Unterstützung von Recycling-Aktivitäten und den Ausbau der Abfallbörse. Gefährliche Abfälle sind sicher durch Verbrennung und Hochtemperaturbehandlung von Asche und Filterstäuben zu beseitigen.

6.5 Chemikalien - Gefahren erkennen, Ersatzstoffe suchen

Chemikalien sind wichtige Rohstoffe und Hilfsmittel für die Industrie. Darüberhinaus werden sie zunehmend im Haushalt eingesetzt. Sie bedeuten aber auch eine potentielle Gefahr für Gesundheit und Umwelt. Besonders bei unsachgemäßem Gebrauch kann es zu Schäden, bei Störfällen zu Katastrophen kommen. Die Berliner F.D.P. fordert daher weiterhin, daß zur Bekämpfung von Unfällen in Haushalten und Betrieben die erforderlichen Vorsorgemaßnahmen getroffen werden (Erfassung und Deklaration der Chemikalien, der zu ihrer Neutralisierung geeigneten Gegenmittel, Herstellung von Alarmplänen und für alle Betroffenen allgemeinverständliche Informationen). Die Entwicklung umweltverträglicher Ersatzstoffe ist zu unterstützen.

6.6 Boden - Sanieren, Entlasten, Verbrauch senken

Investitionen für Bauten (Verkehrswege, Wohnungen und Industriebauten) sind notwendige Voraussetzungen für die Erhaltung der Wirtschaftskraft und des Wohlstandes. Bodenverbrauch und Bodenversiegelung haben jedoch ein Ausmaß erreicht, das eine Trendumkehr notwendig macht. Schutz, Erhaltung und Wiederherstellung der natürlichen Funktionen des Bodens ist daher eine Hauptaufgabe des Umweltschutzes in den kommenden Jahren.

Die F.D.P. fordert deshalb die Förderung flächensparender Bauweisen sowie die systematische Nutzung aufgegebener Industriestandorte ("Flächenrecycling"). Darüberhinaus setzt sich die F.D.P. dafür ein, daß neue Flächen nur dann durch Baumaßnahmen verbraucht werden dürfen, wenn entsprechende Entlastungen im gleichen Umfang an anderer Stelle erfolgen.

Die Bodenverunreinigungen, vor allem durch sogenannte Altlasten, sind erheblich. Ihre Beseitigung erfordert Milliardenbeträge und einen erheblichen Verwaltungsaufwand. Die zur Boden-sanierung erforderlichen Mittel sind daher zu verstärken. Vor allem aber sind das Vorsorge- und das Verursacherprinzip stärker zur Geltung zu bringen. Sonst entstehen ständig neue Altlasten, die von den kommenden Generationen mit hohem Kostenaufwand beseitigt werden müssen.

Die F.D.P. fordert deshalb den Erlass eines Bodenschutzgesetzes, durch das gewährleistet wird, daß der Verursacher oder sein Rechtsnachfolger für die Kosten der Boden-sanierung aufkommen muß. Die Sanierung von Flächen, für deren

Schädigung der Verursacher nicht mehr haftbar gemacht werden kann, ist Gemeinschaftsaufgabe. Darüberhinaus ist sicherzustellen, daß sich auch die Industrie angemessen an den Kosten beteiligen muß.

Die F.D.P. wird sich auch künftig für die Förderung der Entwicklung neuer **umweltschonender Technologien** und die Schaffung von Anreizen für **umweltfreundliche** Produktionsumstellungen einsetzen.

6.7 Naturschutz - Grün erhalten, Stadtgrün fördern

Naturschutz ist aktiver Schutz des Menschen mit der ethischen Aufgabe, die noch existierenden Tier- und Pflanzenarten zu erhalten - auch und in besonders in Berlin. Naturschutz bewirkt Stabilität in unserer Umwelt; er sichert die Lebensgrundlagen dieser und kommender Generationen.

Landschaftsräume, Freiflächen und Parks sind entscheidend für die Lebensqualität dieser Stadt. Eine Sicherung und Erweiterung der Grün- und Erholungsflächen ist auch aus ökologischen Gründen dringend geboten. Es muß darauf hingearbeitet werden, daß das Landschaftsprogramm auch zügig umgesetzt wird.

7. JUGEND UND FAMILIE - BERLIN SETZT SIGNALE

Die Familie ist der Freiraum, in dem der Einzelne sich frei von staatlicher Einmischung und Bevormundung entfalten sollte. Der Staat darf nur zum Schutz der Schwächeren in die Familie hineinwirken. **Liberale präferieren keine starre Familienform, schätzen aber die Dauerhaftigkeit der Familienbindungen und deren Bedeutung für die Menschen.**

Kinder, Jugendliche, Familien sind in nahezu allen Lebensbereichen von Politik "betroffen". Mit ihrer Jugend- und Familienpolitik will die F.D.P. dafür sorgen, daß den **Belangen von Jugend und Familie auch in allen anderen Bereichen** - z. B. in der Sozialpolitik, bei Schule und Sport, im Bereich der Gesundheit, in der Wohnungspolitik und bei der Planung des Straßenverkehrs - Rechnung getragen wird.

Die F.D.P. hält daher folgende Aufgaben für vordringlich:

- Das **Familien- und Erziehungsgeld** ist grundsätzlich für drei Jahre zu gewähren.
- Die Situation der Alleinerziehenden ist zu erleichtern durch Verdoppelung der Krankenpflegetage, kin-

derfreundliche Arbeitszeitregelungen (auch für Alleinerziehende in Schichtdienstberufen) und Zahlung des Unterhaltsvorschusses bis zum 12. Lebensjahr eines Kindes.

- Die Aufgaben der Sozialstationen sind zu erweitern.
- Immer mehr Menschen finden sich bereit, ihre Abscheu vor der zunehmenden Bereitschaft zur Gewalt gerade gegenüber den schwächeren Mitgliedern unserer Gesellschaft auch öffentlich zu bekunden und diese Gewalt auch öffentlich zu bekämpfen. Da Gewalt auch Auswirkungen auf familiäre und partnerschaftliche Beziehungen hat, muß dem ein noch wirksameres Netz an Hilfsangeboten entgegengestellt werden.
- Im Medienbereich sind die Maßnahmen des Jugendschutzes und der Selbstkontrolle auf ihre Wirksamkeit unter heutigen Bedingungen zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen. Die Leitlinie der F.D.P. heißt "Aufklärung statt Verbot".
- Die Jugendfreizeitheime sollen in der Freizeit der Jugendlichen geöffnet werden, insbesondere für jugendkulturelle Angebote aus ihrem Einzugsbereich.
- Die Erweiterung des Angebots an Plätzen in Kindertagesstätten und Tagespflegestätten wird bedarfsgerecht fortgesetzt. Bei auftretenden Engpässen ist der Einsatz von "Container-Kitas" zu prüfen.
- Die Gründung von Eltern-Initiativ-Kindertagesstätten wird von der F.D.P. besonders unterstützt; die weitere Förderung dieser Initiativen ist sicherzustellen.
- Das von der F.D.P. eingeführte Programm zur Betreuung sogenannter "Lücke-Kinder" ist kontinuierlich auszubauen.

8. POLITIK FÜR ÄLTERE BÜRGER

Eine der wichtigsten Aufgaben in unserer Gesellschaft ist die Überwindung der Einsamkeit von Alleinstehenden, insbesondere von alten Menschen, deren Anteil an der Bevölkerung weiter zunehmen wird. Hierzu bedarf es in verstärktem Maße der Bereitschaft zu helfen. Neben die persönliche Zuwendung sollten gemeinsame Aktivitäten treten (z. B. Freizeitarbeit, Bildungsveranstaltungen, Gruppenreisen). Für eine intensivere Betreuung von Alleinlebenden müssen - vermehrt

ehrenamtliche - Helfer gewonnen werden, die für ihre Tätigkeit gegebenenfalls eine Aufwandsentschädigung erhalten können. Für diese Tätigkeit müssen mitmenschliche Verantwortung und ehrenamtliches Engagement aktiviert und Wege beschritten werden, die für Behörden meistens nicht gangbar sind. Der Vereinsamung der Menschen abzuhelpen ist nicht Sache der Verwaltung, sondern ein weites Feld für die private Initiative.

Alte Menschen wollen heute nicht in Heime abgeschoben werden, sondern nehmen ihre Probleme selbst in die Hand. Liberale Sozialpolitik will diese Entwicklung fördern. Alte Menschen brauchen Hilfe gegen Isolation, Vereinsamung und Krankheit. Die beste Hilfe kann nur innerhalb der Familie oder des Freundeskreises gegeben werden. Es ist auch Aufgabe des Staates, die Pflegenden zu unterstützen und die dazu notwendigen Voraussetzungen zu schaffen.

Die F.D.P. setzt sich auch in der Sozialpolitik dafür ein: "Soviel private und gemeinnützige Einrichtungen wie möglich, so wenig staatliche Einrichtungen wie nötig". Die F.D.P. fordert daher, daß die öffentlichen Einrichtungen für alte Menschen nicht zu Lasten der privaten und gemeinnützigen Einrichtungen finanziert werden. Die F.D.P. fordert auch in unserem Sozialsystem eine vollständige Leistungs- und Kostentransparenz.

Dazu gehört, daß in verstärktem Maße über Hilfsangebote zur materiellen und ideellen Unterstützung der pflegenden Angehörigen informiert wird. Wenn alte Menschen aber wirklich gezwungen sind, sich außerhalb der Familie in Pflege zu begeben, so sind sie umfassend über ihre Rechte in den entsprechenden Einrichtungen (z.B. Heimbeiräte) zu informieren.

9. FRAUENPOLITIK: FÖRDERN STATT "QUOTIEREN"

In Berlin hat die F.D.P. entscheidende Anstöße für die Frauen- und Gleichstellungspolitik gegeben:

Liberale haben wesentlich und gegen Widerstände aus Teilen der SPD und CDU dazu beigetragen, daß in Berlin das erste Frauenhaus entstehen konnte. Liberale haben sich dafür eingesetzt, daß 1984 die erste Frauenbeauftragte des Senats berufen wurde. Im Juni 1987 verabschiedete das Abgeordnetenhaus mit wesentlicher Unterstützung der F.D.P.-Fraktion die "Richtlinien zur Förderung der weiblichen Beschäftigten im öffentlichen Dienst des Landes Berlin". Die F.D.P. hält Richtlinien mit verbindlichen Zielvorgaben für ein prakti-

kableres und wirksameres Förderinstrument als die Einführung starrer Quoten. Die Senatsverwaltung für Jugend und Familie ist die erste und bisher einzige in Berlin, die einen Frauenförderplan eingeführt hat.

Die Berliner F.D.P. lehnt eine Verschärfung der Beratungspraxis zu § 218 ab.

Auf Bundesebene kämpft die Berliner F.D.P.

- für die Weiterentwicklung der sozialen Absicherung in der Rente bei unbezahlter Tätigkeit in der Familie und für die Gesellschaft, vor allem durch den Ausbau des "Baby-Jahres", die Absicherung und Unterstützung pflegender Angehöriger sowie den Abbau der Benachteiligung von Teilzeitkräften im öffentlichen Dienst;
- für die Weiterentwicklung des steuerlichen Lastenausgleichs für Familien mit Kindern. Das bisherige Ehegattensplitting soll ersetzt werden durch ein Familiensplitting;
- für die Verbesserung der Chancen von Frauen, insbesondere von alleinerziehenden Müttern und Berufsrückkehrerinnen, die sich an einer Aus- bzw. Weiterbildungsmaßnahme oder an einer Umschulung beteiligen wollen;
- für die Umwandlung des aufenthaltsrechtlichen Status von nachgezogenen ausländischen Ehefrauen in ein eigenständiges Aufenthaltsrecht,
- für den Erhalt des mühsam gefundenen Kompromisses zum Beratungsgesetz zum § 218, wie er in Berlin verantwortungsbewußt ausgeführt wird.

Wie auf Bundesebene, so müssen auch in Berlin Benachteiligungen von Frauen aufgedeckt und abgeschafft werden. Die F.D.P. Berlin setzt sich deshalb für ein "Landesgleichstellungsgesetz" ein. Die Kompetenzen der Frauenbeauftragten des Senats sind zu erweitern.

Die strukturellen Veränderungen des Berliner Arbeitsmarktes gehen vor allem zu Lasten von Frauen. Vor allem müssen endlich die Möglichkeiten zur Teilzeitbeschäftigung auf allen Ebenen verbessert werden. Die F.D.P. setzt sich nachdrücklich dafür ein, daß Mädchen verstärkt Zugang zu den üblicherweise von Männern besetzten Berufen erhalten. Auch die

Weiterentwicklung der bisherigen Frauenförderprogramme ist notwendig:

- Fortführung und Weiterentwicklung des Programms zur Wiedereingliederung von Berufsrückkehrerinnen und des Förderprogramms für Frauen im Rahmen der Qualifizierungsinitiative des Senats,
- Ausbau der Frauenakademie als Ort der interdisziplinären, überparteilichen Diskussionsstätte ,
- Weiterführung und Ausbau des 1988 begonnenen Programms zur Förderung der Frauenforschung,
- Weiterentwicklung des Beratungsangebotes für ausländische Frauen mit dem Ziel, auch die beruflichen Integrationschancen von ausländischen Frauen zu verbessern,
- Entwicklung und Ausbau von Frauenförderplänen an den Hochschulen, Ausbau der Kompetenzen und Arbeitsmöglichkeiten der Frauenbeauftragten an den Hochschulen.

Für diejenigen Erwachsenen, insbesondere alleinerziehende Mütter, die einen Schulabschluß nachholen wollen, soll eine Tagesschule mit Kinderbetreuung eingerichtet werden.

Die F.D.P. setzt sich nicht nur dafür ein, daß die 1987 beschlossenen "Richtlinien zur Förderung der weiblichen Beschäftigten im öffentlichen Dienst des Landes Berlin" weiterentwickelt werden, sondern daß Subventionen der öffentlichen Hand an die Wirtschaft unter anderem auch davon abhängig gemacht werden, ob die Auftragnehmer für den Bereich ihres Unternehmens Frauenförderpläne entwickelt haben.

Darüber hinaus setzt sich die F.D.P. dafür ein, daß

- für Opfer von Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung eigene Anlaufstellen bei Polizei eingerichtet werden, die rund um die Uhr besetzt sind,
- die Arbeit der Frauenhäuser, unverzichtbarer Bestandteil der Maßnahmen zum Schutz vor Gewalt, weiterhin unterstützt wird und Zufluchtswohnungen bereitgestellt werden,
- gegen Gewalt-Pornographie, die eine Verherrlichung von Gewalt und damit ein Verstoß gegen bestehende Gesetze ist, mit allen Mitteln der bestehenden Gesetze vorgegangen wird,

- der Prostitutions-Menschenhandel konsequenter als bisher bekämpft wird. Ziel entsprechender Maßnahmen ist die Schaffung einer Zufluchtsmöglichkeit für die betroffenen Frauen, um so dem kriminellen Prostitutions-Menschenhandel die Grundlage zu entziehen.

Gleichstellungs- und Frauenpolitik kann nur dann erfolgreich sein, wenn auch die einzelne Frau und der einzelne Mann sich aktiv für die gleichberechtigte Teilhabe an allen privaten, gesellschaftlichen und beruflichen Aufgaben engagieren.

10. WOHNUNGS- UND MIETENPOLITIK - SOZIAL VERTRÄGLICH UND WIRTSCHAFTLICH

Mietpreissteigerungen können längerfristig nur durch ein reichhaltiges Angebot von Wohnungen aufgefangen werden. Dazu ist es notwendig, daß das geplante Wohnungsbauvolumen zügig und mit möglichst wenig Verwaltungsaufwand bewilligt wird. Auch aus Gründen der Wirtschaftlichkeit und des sparsamen Umgangs mit öffentlichen Mitteln muß daher in Zukunft auf ein Übermaß an Verwaltung verzichtet werden. Treuhänder sind auf ihre Effizienz hin zu überprüfen; das gleiche gilt für die extensive Programmsteuerung seitens des Senators für Bau- und Wohnungswesen.

Zur Förderung ausgewogener Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt fordert die F.D.P. den Bau von mindestens 5000 Wohnungen pro Jahr mit Unterstützung öffentlicher Mittel. Diese sollen vor so eingesetzt werden, daß sie Investitionsanreize schaffen, aber auch den Mietern zugute kommen.

Modernisierung und Instandsetzung von Wohnraum kommen eine hohe Bedeutung zu. Sie müssen einen Beitrag zur Stadtgestaltung, aber auch zur Wohnungsversorgung leisten, ohne daß dabei wirtschaftliche Kriterien vernachlässigt werden dürfen. Sie dürfen nicht nur unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet werden, da sie einen wesentlichen Beitrag zur Stadtgestaltung und zur Wohnungsversorgung liefern.

11. LIBERALE SOZIALPOLITIK - ÜBERWINDUNG VON ABHÄNGIGKEITEN

11.1 Hilfe zur Selbsthilfe

Auch im Bereich der Sozialpolitik orientieren sich die Liberalen an der Verantwortung des Individuums. Der alles umfassende Versorgungsstaat, der das Leben der Bürger von der Wiege bis zur Bahre regelt und reglementiert, entspricht nicht der liberalen Vorstellung von einer freiheitlichen Gesellschaft.

Liberaler Sozialpolitik ist nicht die Verteilung von Almosen sondern Hilfe zur Selbsthilfe. Erst wenn der Einzelne zur Selbsthilfe nicht in der Lage ist, soll die Gemeinschaft einspringen. Jeder in Not geratene Mensch ist durch Hilfe in die Lage zu versetzen, seinen Platz in unserer Gesellschaft einzunehmen und auszufüllen. Die F.D.P. unterstützt daher jede Eigeninitiative, die geeignet ist, soziale Abhängigkeiten vom Staat zu überwinden und einer Notlage abzuwehren.

Die Sorge um das Wohl der Bürger gehört zu den Grundlagen der Aufgaben unseres Sozialstaates. Er hat für wirksame soziale Hilfen und die Voraussetzungen für die Hilfe zur Selbsthilfe zu schaffen. Dabei gilt auch hier: So wenig Staat wie nötig, soviel Eigeninitiative und Selbstverwaltung wie möglich.

Im Rahmen sozialer Betreuung dürfen die Menschen nicht "verwaltet", darf der Hilfsbedürftige - der Patient, der Abhängige, der Sozialhilfeempfänger - nicht entmündigt werden. Die Hilfsbedürftigen sollen - wenn irgend möglich - in ihrem sozialen Umfeld, in ihrer vertrauten Umgebung verbleiben und nicht "entwurzelt" werden. Unterbringung in geschlossenen Einrichtungen ist nicht nur teuer, sondern auch menschenunfreundlicher als die Betreuung durch die Familie, Nachbarn oder Selbsthilfegruppen sowie durch die ambulanten sozialen Dienste. Die Pflege durch Selbsthilfeorganisationen soll Vorrang haben vor einer Betreuung durch behördliche Einrichtungen.

Liberaler Sozialpolitik will allen Benachteiligten ein menschenwürdiges Leben mit größtmöglicher Selbstbestimmung ermöglichen. Voraussetzung ist auch hier eine solide Wirtschafts- und Finanzpolitik: Nur was zuvor erwirtschaftet worden ist, kann hernach verteilt werden. Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte darf aber nicht zu Lasten sozial benachteiligter Menschen gehen.

Die staatlichen Ausgaben im Bereich der sozialen Leistungen haben beträchtlich zugenommen. Besondere Ursachen sind hierfür Langzeitarbeitslosigkeit, Arbeitslosigkeit von Berufsanfängern, Preissteigerungen (z. B. Mieten, Öffentliche Dienstleistungen, Gesundheitskosten). Für Liberale hat die Finanzierung von Arbeit Vorrang vor Finanzierung der Arbeitslosigkeit, um so bei gleichem Aufwand staatlicher Leistungen Arbeitsmöglichkeiten bieten zu können.

Arbeitslosigkeit darf nicht zum Abbau von Qualifikation und Motivation führen und gar sozialem Abstieg bewirken. Um dem entgegenzuwirken, setzt sich die F.D.P. mit Nachdruck für eine ausreichende Unterstützung von Selbsthilfegruppen für Arbeitslose ein.

11.2 Sozialpolitisch orientierte Vergabe von Wohnraum

Vielen in Not geratenen Menschen kann die wichtigste Hilfe durch eine angemessene Wohnung gegeben werden. Es ist Aufgabe eines sozial handelnden Staates, für ausreichenden Wohnraum zu sorgen. Viele Benachteiligte finden heute keine Wohnung, da Mieten, Abstände oder Nebenkosten nicht bezahlbar sind. Auch sind sie bei einem freien Wohnungsmarkt nur ungern genommene Mieter. Zusätzlich verhindern rechtliche Vorschriften die Hilfe zur Selbsthilfe bei der Wohnungsvergabe.

Die F.D.P. fordert daher:

- Die Vergabe eines Wohnberechtigungsscheins mit Dringlichkeit darf nicht nur einen Anspruch bestätigen, sondern muß in angemessener Zeit zur Vergabe einer Wohnung führen;
- Die rechtlichen Regelungen für mit öffentlichen Mitteln geförderten Wohnraum sind heutigen Lebensformen anzupassen. Die Vergabe von Sozialwohnungen an nicht durch Trauschein verbundene Menschen gehört genauso dazu wie die Zusammenlegung von Wohnberechtigungsscheinen.
- Im Hinblick auf den Wohnflächenanspruch ist analog zum Bundesgebiet eine Koordination der Ausführungsvorschriften zwischen Wohnungs- und Sozialämtern dringend erforderlich.

12. LIBERALE GESUNDHEITSPOLITIK - EIGENVERANTWORTUNG UND AUFKLÄRUNG

Auch im Gesundheitswesen ist das Bewußtsein für die Eigenverantwortung aller Bürger zu stärken. Für seine Gesundheit hat in erster Linie der Einzelne Verantwortung. Wegen kaum noch bezahlbarer Kosten für Krankenhaus und Arzt, Medikamente und Nachsorge kommt der Vorsorge eine hohe Bedeutung zu.

Die F.D.P. setzt sich daher ein für eine verstärkte Gesundheitsaufklärung in Kindergärten, Schulen, Freizeitstätten und Betrieben, für finanzielle Anreize für vorsorgende Gesundheitsmaßnahmen und für die Förderung des verantwortlichen Umganges mit der eigenen Gesundheit. Um dies erfüllen zu können, sind z.B. sportliche Aktivitäten auch unter medizinischen Gesichtspunkten zu fördern. Selbstverständlich ist ein weitgehendes Rauchverbot in Schulen ebenso wie in allen anderen öffentlichen Gebäuden.

12.1 Berlin als Zentrum für hochqualifizierte Forschung

Medizinische Hilfe ist ohne Forschung nicht möglich. Berlin bietet beste Voraussetzungen, um hier ein europäisches Zentrum zu werden. Die F.D.P. fordert daher die Gründung einer europäischen Zulassungsbehörde für Arzneimittel mit Sitz in Berlin und die Errichtung eines Instituts für Sexualmedizin an der Freien Universität.

Die F.D.P. hat der Errichtung des Klinikums Rudolf-Virchow zugestimmt, weil hierdurch die Voraussetzungen dafür geschaffen werden können, alle Disziplinen in einem Klinikum unterzubringen. Neben neuartigen Therapieformen sollen hervorragende Lehre und kliniknahe Spitzenforschung ermöglicht werden. Gemäß den Empfehlungen des Wissenschaftsrates ist das RVK zu einem zukunftsweisenden, forschungsorientierten, interdisziplinär arbeitenden Modellklinikum für die Bundesrepublik Deutschland auszubauen. Der ursprünglich geplante Finanzrahmen darf angesichts der vielfältigen anderen sozialen Aufgaben Berlins nicht überschritten werden.

12.2 Biotechnologie

Moderne Forschung, insbesondere im Gesundheitsbereich, umfaßt auch die Biotechnologie mit all ihren Aspekten. Die Liberalen werden darüber wachen, daß die Entwicklung der Technologien stets verbunden ist mit der öffentlichen Diskussion, damit Gefahren und Risiken offengelegt und eindeutige Grenzen gegenüber unbekümmerter Forschungsfreiheit

gezogen werden. Der technische Fortschritt muß auf das Lerntempo der Gesellschaft Rücksicht nehmen.

Die neuen Erkenntnisse der Genforschung eröffnen der Wissenschaft vielfältige gentechnologische Möglichkeiten. Damit untrennbar verbunden ist das Bedürfnis, gentechnologische Verfahren auszuprobieren, um sie auch kommerziell zu nutzen.

Deshalb fordert die F.D.P. im Hinblick auf die weltweiten Verflechtungen der Wissenschaft im allgemeinen und auf die europäische Zusammenarbeit im besonderen:

- für Labore und Betriebsanlagen gesetzliche Grundlagen, die höchsten Sicherheitsstandard garantieren;
- ein Verbot der Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen;
- die Einsetzung von Ethik-Kommissionen;
- keine Eingriffe in das menschliche Erbmateriale;
- wirksamen Embryonenschutz.

12.3 Krankenwohnungen und therapeutische Wohngemeinschaften

Die medizinische Versorgung hat sich gesellschaftlichen Veränderungen anzupassen. Hier gilt es in Berlin weitere dringend notwendige Vorhaben einzuleiten:

- Das Angebot an Krankenwohnungen ist auszubauen, um so kranken Menschen Kontakte zur Umgebung zu ermöglichen, ohne die Anonymität des Krankenhauses erleben zu müssen
- Für psychisch Kranke müssen in ausreichendem Umfang therapeutische Wohngemeinschaften zur Verfügung stehen.

12.4 AIDS - Aufklären und Vorsorgen

Zu den großen gesundheitspolitischen Themen unserer Zeit gehören die Gefahren durch Aids. Hier gilt es, die Eigenverantwortung eines jeden Menschen zu stärken, wozu insbesondere Aufklärung und Vorsorge beitragen.

Die F.D.P. fordert zur AIDS-Problematik:

- verstärkte Aufklärung der Gesunden und Anregungen zum Selbstschutz in allen Medien ohne Angst vor vermeintlichen Tabus;
- langfristige Sicherung von **Beratungsangeboten** bei den Gesundheitsämtern und **Selbsthilfeeinrichtungen** durch mehr Personal- und Sachmittel;
- offene Aufklärung in den Schulen durch spezielle "schoolworker", so daß jeder Schüler über AIDS und die Verhinderung einer Ansteckung informiert ist.

Eine allgemeine Meldepflicht und weitere gesetzliche Regelungen lehnt die F.D.P. ab.

12.5 Drogen

In unserer Gesellschaft nimmt der Mißbrauch von Drogen weiter zu. Insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene sind den Versuchen der Dealer, Geschäftemacher und heimlichen Verführer ausgesetzt. Hierbei darf die Gefahr der legalisierten Drogen nicht übersehen werden.

Zur Bekämpfung des Drogenproblems fordert die F.D.P. u. a.:

- umfangreiche Aufklärung in Schulen und Jugendeinrichtungen, auch über legalisierte Drogen;
- verstärkte langfristig gesicherte Förderung von Selbsthilfeeinrichtungen und Einrichtungen freier Träger;
- die vorurteilsfreie Prüfung des Einsatzes von Ersatzdrogen (z. B. Methadon) nur nach medizinischer Indikation, entsprechend den Empfehlungen der Ärztekammer Berlin;
- verstärkte Anwendung des Grundsatzes "Therapie statt Strafe".
- keine Werbung für Alkohol, Tabakwaren und Medikamente an Werbeflächen, die unter öffentlichem Einfluß vermietet werden;
- weitgehendes Rauchverbot in allen öffentlichen Einrichtungen;
- Unterstützung von Gaststätten, die alkoholfreie Getränke billiger anbieten als alkoholhaltige.

13. KUNST UND KULTUR: SPITZENLEISTUNGEN AUF BREITER GRUNDLAGE

Kunst und Kultur haben in Berlin seit jeher einen außerordentlich hohen Stellenwert. Sie können Rang und Funktion Berlins als Metropole mit besonderer kultureller Ausstrahlung erhalten und verhelfen gleichzeitig den Bürgern zu einem erhöhten Maß an Identifizierung mit ihrer Stadt.

Die Kultur in Berlin muß sich auch in der Zeit nach der 750-Jahrfeier und der "Kulturstadt Europas - E 88" weiterentwickeln, Bleibendes und Zukunftsorientiertes schaffen. Der Gefahr einer Verdrängung von Qualität und Engagement durch publicityträchtige Ereignisse und Aktionsträger, der Neigung zu reiner Repräsentativ-Kultur und kulturpolitischer Gigantomanie muß durch die Förderung originär-kreativer Kräfte der Stadt entgegengewirkt werden.

Die Kulturpolitik in Berlin muß sich von der Tätigkeit einer Konzert- oder Theater-Agentur unterscheiden. Künstler von internationalem Rang zu Spitzenhonoraren nach Berlin zu holen reicht nicht aus! Kulturelle Spitzenleistungen kann die Stadt auf Dauer nur auf der Grundlage kulturpolitischer "Breitenarbeit" anbieten. Kulturpolitik in der Großstadt muß die Arbeit vor Ort anregen und fördern und junge Künstler ermutigen und unterstützen. Deshalb darf der Senat den Freiraum für private Initiativen und privates Mäzenatentum nicht durch Aktivitäten der Kulturverwaltung immer stärker einengen. Wir wollen den bejahenden Kulturstaat, aber wir wollen keine Staatskultur.

Kulturelle Spitzenleistungen kann die Stadt nur auf der Grundlage kulturpolitischer "Breitenarbeit" auf Dauer anbieten.

Neben der breiten Palette des kulturellen Angebots bietet unsere Stadt auch ein reichhaltiges Angebot im Freizeitbereich. Die Berliner F.D.P. mißt für die Zukunft unserer gesellschaftlichen Entwicklung attraktiven Sport-Freizeitmöglichkeiten besondere Bedeutung bei und sichert allen qualitätssteigernden Förderungsmaßnahmen ihre Unterstützung zu.

Die F.D.P. fordert daher:

- Weitere Stärkung der dezentralen Kulturarbeit in den Bezirken, z. B. Ausbau des Ballhauses Tiergarten, Unterstützung der Heimatmuseen und Musikschulen. Einrichtung von Kunstschulen.
- Stärkere Berücksichtigung und Einbeziehung der in

Berlin lebenden Ausländer in kulturelle Veranstaltungen und Kulturangebote.

- Ausbau des Vokal- und Instrumentalunterrichts an den allgemeinbildenden Schulen.
- Bessere Arbeitsbedingungen für Chöre und andere künstlerische Gruppen (z. B. Probenräume, mehr Konzerte mit Berliner Orchestern).
- Eröffnung neuer Möglichkeiten für Musik- und Tanztheater, für das "Theater der Autoren" und die Freien Gruppen, z.B. in Form eines jährlichen Festivals.
- Reaktivierung und Konzentration der öffentlichen Designförderung in Berlin, u. a. durch Begründung eines Zentralinstituts für Design-Forschung und Design-Entwicklung und Ausbau des Berliner Internationalen Design-Zentrums e.V.
- Aufbau eines "Forums für Stadtplanung und Architektur".
- Intensivierung des deutsch-deutschen Kulturaustausches, auch zwischen den Bezirken, Schulen, Betrieben, Vereinen und Freien Gruppen.
- Sonderförderprogramme für Künstlerinnen zur Erleichterung des Wiedereinstiegs in das berufliche Leben nach der Familienphase.

14. SCHULPOLITIK IN BERLIN - GESTALTEN STATT VERWALTEN

Die Schule der 90er Jahre muß wieder durch ein Klima der Toleranz, der Offenheit und der Diskussion geprägt werden.

Die Berliner Schule droht in Routine zu erstarren; das Engagement der Lehrer und Erzieher für neue Unterrichtsmethoden und Unterrichtsansätze wurde in der Vergangenheit nicht tatkräftig gefördert, sondern durch eine Fülle von Verwaltungsvorschriften unnötig behindert. Die Bildungspolitik hat insgesamt im Bewußtsein der Öffentlichkeit an Bedeutung verloren.

Die F.D.P. will deshalb an die Stelle des bloßen Verwaltens und Konservierens wieder aktive gestalterische Bildungspolitik in Berlin durchsetzen.

Im Interesse der Berliner Schüler muß in der Zukunft unterschiedener und hartnäckiger für bildungspolitische Forde-

rungen gestritten werden, denn alle Kinder und Jugendliche in unserer Stadt haben Anspruch darauf, daß ihnen das bestmögliche Bildungsangebot offensteht.

Dazu bedarf es - neben einer entsprechenden materiellen Ausstattung der Bildungseinrichtungen - einer Lehrerschaft, die sich ihrer besonderen Verantwortung gegenüber den Jugendlichen bewußt ist und die sich den vielfältigen Anforderungen und Belastungen des Unterrichtens und Erziehens stellt und stellen kann.

Neue pädagogische Ansätze und die Veränderung der äußeren Rahmenbedingungen des Unterrichts müssen daher fachlich diskutiert und auf ihre unterrichtspraktischen Umsetzungsmöglichkeiten geprüft werden.

Die F.D.P. will der drohenden Überalterung der Berliner Lehrerschaft durch ein Sonderprogramm zur Einstellung von jungen, pädagogisch engagierten und fachlich befähigten Lehrern abhelfen:

- keine weitere Streichung von Lehrerstellen aus dem Überhang,
- Einrichtung von zusätzlichen Planstellen jetzt, um die qualifiziertesten Junglehrer in den Schuldienst zu übernehmen, die spätestens Mitte der 90er Jahre dringend gebraucht werden,
- Übertragung der Tarifvereinbarungen zur Arbeitszeitverkürzung 1988 auf den Berliner Schuldienst,
- Verbesserung der Rahmenbedingungen des Sabbat-Jahres,
- Erweiterung der Möglichkeiten von Teilzeitarbeit bei gleichzeitigem Abbau von ungerechtfertigten Benachteiligungen.

Die Berliner F.D.P. setzt auf das Engagement und die Kreativität der Berliner Lehrerschaft, auf die Leistungsbereitschaft und den Leistungswillen der Schüler sowie auf die aktive Mitarbeit der Erziehungsberechtigten und wird sie tatkräftig unterstützen.

15. WISSENSCHAFT UND HOCHSCHULEN - QUALIFIKATION UND VERANTWORTUNG

Auch die Wissenschaftspolitik der Berliner Liberalen steht unter dem Motto: "Weniger Staat - mehr Selbstverantwortung". Mit den zu erwartenden Studentenzahlen bietet

sich gerade für die Berliner Hochschulen die Chance, im Wettbewerb mit anderen Hochschulen eine besonders hochwertige, attraktive, praxisorientierte Ausbildung anzubieten.

Eine Rückwendung zur "Ordinarienuniversität" durch eine weitere Beschneidung der Mitbestimmungsrechte des akademischen und sonstigen Personals sowie der Studierenden wird die F.D.P. nachdrücklich zurückweisen; vielmehr tritt sie für eine Erweiterung der Mitbestimmungsrechte der nicht-professoralen Gruppen ein.

15.1 Hochschulen

Die F.D.P. wird sich dafür einsetzen, daß die Autonomie der Hochschulen nicht nur gewahrt, sondern weiter ausgebaut und der Einfluß staatlicher Kontrollen auf das notwendige Mindestmaß beschränkt wird. Die Hochschulautonomie ist zu Gunsten wissenschaftlich bezogener Positionen unter Zurückdrängung unangemessener Verwaltungsexpansion wahrzunehmen. Ein geeignetes Mittel staatlicher Kontrolle bietet die Berliner Besonderheit der Kuratorialverfassung, die Senatsverwaltungen und gesellschaftlich relevante Gruppen in eine konstruktive Mitverantwortung einbindet. Die Personalhoheit muß aus der nur schwer kontrollierbaren Personalkommission in die Verantwortung des Kuratoriums rückverlagert werden.

Der Globalhaushalt ist als ein Instrument der Hochschulautonomie im Interesse von Gestaltungsfreiheit und Eigenverantwortung der Hochschulen zu gewährleisten.

15.2 Ausbildung

Die Berliner Hochschulen sind darin zu unterstützen, eine qualitativ hochwertige Ausbildung zu gewährleisten. Die Effektivität in Forschung und Lehre ist durch eine verstärkte Verknüpfung von Grundlagenwissen mit den Bedürfnissen des praktischen Arbeitslebens zu erhöhen. Überlange Ausbildungszeiten sind durch eine Entschlackung überfrachteter Studienordnungen zu verkürzen.

Die Berliner F.D.P. setzt sich ein für eine realistische Erhöhung der Bafög-Sätze in Anpassung an die Einkommensentwicklung. Auch das Angebot an Wohnheimplätzen ist zu erhöhen.

15.3 Berufungspolitik

Die Gewinnung hochqualifizierter Wissenschaftler durch die Bereitstellung gut ausgestatteter Forschungseinrichtungen ist Voraussetzung für eine qualifizierte Ausbildung von Studenten. Berlin muß besondere Anstrengungen unternehmen, damit nicht finanzstärkere Länder entsprechende Forschungseinrichtungen und Wissenschaftler für sich alleine beanspruchen können. Diese Investition in die Zukunft muß Vorrang vor vielen anderen Aufgaben haben.

15.4 Zusammenarbeit mit der Wirtschaft

"An-Institute" bieten die Chance, aus den laufenden Etats nicht finanzierbare Spitzenforschung an den Hochschulen anzubieten, das Verständnis und Interesse der Wirtschaft an den Berliner Hochschulen zu fördern, externe Mittel zugunsten von hochschulnaher Forschung und für die Qualifizierung wissenschaftlicher Nachwuchskräfte zu gewinnen. Dennoch dürfen durch sie keine, andere Bereiche lähmende, zusätzliche finanzielle Belastung für die Hochschulen entstehen.

Wissenschaftlich grundlegende Forschung gehört zu den Aufgaben der Hochschulen. "An-Institute" sind hierfür nicht vorzusehen.

15.5 Stellung der Fachhochschulen

Die Fachhochschulen sind aus ihrer "Stiefkindrolle" zu befreien. Möglichkeiten bieten die Einführung einer Kuratorialverfassung einschließlich Globalhaushalt, die Ausweitung der Forschungsmöglichkeiten der dort lehrenden Professoren, die Beseitigung der gängelnden Fachaufsicht des Wissenschaftssenators, die Verbesserung der Weiterqualifikation der FH-Absolventen an den Universitäten sowie die Einrichtung von Kontaktstudiengängen und Wissenschaftstransfer. Die F.D.P. wird engagiert für die EG-weite Anerkennung der Fachhochschuldiplome streiten.

16. MEDIEN IN BERLIN - SICHERUNG DER MEINUNGSVIELFALT

Die Berliner Medienpolitik benötigt dringend neue Ideen und Impulse zur Anpassung an aktuelle Entwicklungen. Mit der Öffnung des Berliner Medienmarktes auch für private Anbieter waren seinerzeit viele Hoffnungen verbunden: Eine Renaissance der Filmwirtschaft, eine Ankurbelung der Elek-

tronikindustrie, größere kulturelle Vielfalt, mehr Bürgernähe, mehr Arbeitsplätze.

Die aktuelle Situation zeigt, daß die Entwicklung der neuen elektronischen Medien, aber auch der öffentlich-rechtlichen Anstalten sowie die Auswirkungen im Bereich der gedruckten Medien neue einheitliche gesetzliche Grundlagen erfordern. Die F.D.P. erneuert ihre Forderung nach einem Landesmedien-gesetz, das Presse, Funk und Fernsehen umfaßt und die Freiheit der Berichterstattung umfassend sichert. Das geltende Presserecht hat sich bewährt und wird in das Gesetz übernommen. Dieses Gesetz ist bis zur Mitte der nächsten Legislaturperiode zu verabschieden.

Die F.D.P. fordert

- Sicherung der Meinungsvielfalt durch wirksame Regelungen gegen medienübergreifende Konzentration von Meinungsmacht, die Wahrung und Darstellung der kulturellen Vielfalt, unabhängig von Einschaltquoten oder Auflagenhöhen. Die Zulassung privater Programmveranstalter darf nicht zur Bildung publizistischer oder wirtschaftlicher Monopolstellungen führen.
- In Rundfunkanstalten und Redaktionen darf kein einseitiger Einfluß auf Rundfunkprogramme, darf keine Parteibuchwirtschaft stattfinden. Die Programme könnten durch mehr Qualifikation der Journalisten, vor allem durch verstärkte Wahrnehmung von interner Verantwortung verbessert werden.
- In den öffentlichen Aufsichtsgremien des Rundfunks muß der Anteil der Frauen gesteigert werden. Bei Presse, Funk und Fernsehen sollen Frauen dieselben beruflichen Chancen haben wie Männer. Entsprechende verbindliche Frauenförderpläne mit numerischen Zielvorgaben sind von der F.D.P. gewünscht und finden die politische Unterstützung der Liberalen.
- Gerade in Berlin müssen die Medien ihre besondere Bedeutung und Verantwortung gegenüber den Bürgern im Ostteil der Stadt und in der DDR erkennen und wahrnehmen.
- Ein Anschlußzwang an private oder öffentliche Kabelnetze ist ebenso auszuschließen wie Antennenverbote jeglicher Art.
- Eine Ausweitung der Verbreitung des RIAS muß daher an seinen Auftrag gebunden bleiben, der auf gesamtdeutsche Aufgaben abstellt. Ein Berliner Lokalfern-

sehen als Konkurrenz zum SFB, welches nur aus Steuergeldern finanziert wird, lehnt die Berliner F.D.P. ab. Das RIAS-TV hat sich am Auftrag des RIAS zu orientieren.

- Wiederbelebung Berlins als attraktives Film- und Medienzentrum, z. B. durch Errichtung einer Medienakademie für Aus- und Weiterbildung von Medien-Fachkräften.
- Die Nutzung der in großer Zahl bestehenden produktionstechnischen Einrichtungen für das Fernsehen in Berlin hat Vorrang vor der Schaffung neuer technischer Kapazitäten (z. B. in Verbindung mit der Einrichtung von RIAS-TV). Nur eine effektive einheitliche Produktionsgesellschaft kann sicherstellen, daß der Medienstandort Berlin nicht weiter hinter Hamburg und München zurückfällt.
- Öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten sollen sich künftig ausschließlich durch Rundfunkgebühren, private Sender ausschließlich aus Werbeeinnahmen finanzieren.

17. PERSPEKTIVEN

Dieses Wahlprogramm der Berliner Liberalen schreibt die erfolgreiche Politik der vergangenen Legislaturperiode fort. Die Berliner F.D.P. hat in fairer Partnerschaft mit dem größeren Koalitionspartner wichtige liberale Akzente in der Stadtpolitik gesetzt. In den kommenden vier Jahren wird es darauf ankommen, noch vorhandene verkrustete Strukturen aufzubrechen und Berlins Anziehungskraft als liberale, tolerante, lebendige und weltoffene Stadt weiter zu steigern.

In der Stadt gibt es derzeit zur gegenwärtigen Koalition keinerlei denkbare Alternative. Es gilt jedoch, verstärkt liberale Vorstellungen, wie sie in dieser Wahlaussage formuliert wurden, in die Politik der Koalition einzubringen. Auch auf Bezirksebene wollen die Liberalen Berliner Politik verantwortlich und kreativ mitgestalten. Deshalb muß die Berliner F.D.P. mit Hilfe der Wähler am 29. Januar 1989 gestärkt werden.

Wahlaussage der Berliner F.D.P. zu den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus
und den Bezirksverordnetenversammlungen am 29. Januar 1989
Beschluß des Landesparteitages der Berliner F.D.P. am 16. September 1988
Herausgeber: Freie Demokratische Partei, Landesverband Berlin,
Im Dol 2-6, 1000 Berlin 33, Tel. 831 30 71

